

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (19. Ausschuß)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksache 12/1462 —**

- . Entwurf eines Gesetzes über das Inverkehrbringen von und den freien Warenverkehr mit Bauprodukten zur Umsetzung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (ABl. EG Nr. L 40 S. 12) (Bauproduktengesetz — BauPG)**

A. Problem

Die Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (Bauproduktenrichtlinie), die die Beseitigung technischer Hemmnisse beim Warenverkehr mit Bauprodukten innerhalb der EG-Mitgliedstaaten bezweckt und das Inverkehrbringen, den freien Warenverkehr und die Verwendung von Bauprodukten regelt, bedarf der Umsetzung in nationales Recht.

B. Lösung

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Bauproduktengesetzes, den der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit einer Reihe von redaktionellen Änderungen einstimmig zur Annahme empfiehlt, setzt die Bauproduktenrichtlinie umfassend hinsichtlich des Inverkehrbringens von Bauprodukten und hinsichtlich des freien Warenverkehrs mit Bauprodukten von und nach den EG-Mitgliedstaaten um; hinsichtlich der Verwendung von Bauprodukten soll die Umsetzung in den entsprechenden, die Verwendung von Bauprodukten regelnden Rechtsvorschriften, wie z. B. in den Landesbauordnungen oder im Wasserhaushaltsgesetz, erfolgen.

Einstimmige Annahme

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Bund wird insoweit mit Kosten belastet, als er dem Deutschen Institut für Bautechnik die Kosten zu erstatten hat, die diesem durch die Erledigung der Aufgaben im Rahmen der Organleihe entstehen. Die Höhe der Kosten ist z. Z. noch nicht abschätzbar, da das Gremium der Zulassungsstellen auf EG-Ebene erst vor kurzem die Arbeit aufgenommen hat.

Dem stehen Kosteneinsparungen durch Wegfall der bisherigen institutionellen Förderung des Instituts durch den Bund gegenüber.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 12/1462 — in der aus der
anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzuneh-
men.

Bonn, den 18. Mai 1992

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Werner Dörflinger

Vorsitzender

Dieter Schlöten

Berichterstatter

Thomas Molnar

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Bauproduktengesetzes

— Drucksache 12/1462 —

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
(19. Ausschuß)

Entwurf

Entwurf eines Gesetzes über das Inverkehrbringen von und den freien Warenverkehr mit Bauprodukten zur Umsetzung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (ABl. EG Nr. L 40 S. 12) (Bauproduktengesetz — BauPG)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Zweck

Die Vorschriften dieses Gesetzes regeln das Inverkehrbringen von Bauprodukten und den freien Warenverkehr mit Bauprodukten von und nach den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zur Umsetzung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (ABl. EG Nr. L 40 S. 12) (Bauproduktenrichtlinie). Öffentlich-rechtliche Vorschriften, die Anforderungen an die Verwendung von Bauprodukten stellen, bleiben unberührt.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Bauprodukte sind

1. Baustoffe, Bauteile und Anlagen, die hergestellt werden, um dauerhaft in bauliche Anlagen des Hoch- oder Tiefbaus eingebaut zu werden,
2. aus Baustoffen und Bauteilen vorgefertigte Anlagen, die hergestellt werden, um mit dem Erdboden verbunden zu werden, wie Fertighäuser, Fertiggaragen und Silos.

(2) Harmonisierte Normen sind nach Artikel 7 Abs. 1 der Bauproduktenrichtlinie auf Grund von Mandaten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von Europäischen Normungsorganisationen im Hinblick auf die wesentlichen Anforderungen nach § 5 Abs. 1 erarbeitete technische Regeln, die in entsprechende nationale Normen umgesetzt werden. Bund und Länder wirken in der Regel im Rahmen der Beteiligung interessierter Kreise bei der Erarbeitung

Beschlüsse des 19. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes über das Inverkehrbringen von und den freien Warenverkehr mit Bauprodukten zur Umsetzung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (ABl. EG Nr. L 40 S. 12) (Bauproduktengesetz — BauPG)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

unverändert

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) unverändert

(2) Harmonisierte Normen sind nach Artikel 7 Abs. 1 der Bauproduktenrichtlinie auf Grund von Mandaten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von Europäischen Normungsorganisationen im Hinblick auf die wesentlichen Anforderungen nach § 5 Abs. 1 erarbeitete technische Regeln; sie werden in entsprechende nationale Normen umgesetzt. Bund und Länder wirken in der Regel im Rahmen der Beteiligung interessierter Kreise bei der Erarbeitung

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

der harmonisierten Normen mit, um den in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften und im öffentlichen Auftragswesen erreichten Stand technischer Anforderungen in die europäische Normung einzubringen.

(3) Anerkannte Normen sind in Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften für Bauprodukte geltende technische Regeln, von denen auf Grund eines nach der Bauproduktenrichtlinie durchgeführten Verfahrens anzunehmen ist, daß sie mit den wesentlichen Anforderungen nach § 5 Abs. 1 übereinstimmen.

(4) Leitlinien für die europäische technische Zulassung sind nach der Bauproduktenrichtlinie auf Grund eines Auftrages der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom Gremium der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften bestimmten Zulassungsstellen erarbeitete Grundlagen für die Erteilung europäischer technischer Zulassungen.

(5) Europäische technische Zulassungen sind nach diesem Gesetz oder nach Rechtsvorschriften, die andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zur Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie erlassen haben, dem Hersteller für Bauprodukte von dafür bestimmten Zulassungsstellen erteilte Brauchbarkeitsnachweise.

der harmonisierten Normen mit, um den in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften und im öffentlichen Auftragswesen erreichten Stand technischer Anforderungen in die europäische Normung einzubringen.

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

§ 3

Anwendungsbereich

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für Bauprodukte, für die

1. die Kommission der Europäischen Gemeinschaften die Fundstellen der harmonisierten oder anerkannten Normen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht hat,
2. Leitlinien für die europäische technische Zulassung erarbeitet sind,
3. europäische technische Zulassungen, ohne daß Leitlinien erarbeitet sind, nach § 5 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 Satz 2 erteilt werden können,
4. die wesentlichen Anforderungen nach § 5 Abs. 1 nur eine untergeordnete Bedeutung haben und die die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in einer Liste erfaßt hat.

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gibt die Normen, in die die harmonisierten Normen umgesetzt worden sind, und die anerkannten Normen nach Satz 1 Nr. 1, die Leitlinien nach Satz 1 Nr. 2 und die Liste nach Satz 1 Nr. 4 im Bundesanzeiger bekannt; Normen sind nach Gegenstand und Fundstelle bekanntzugeben. Die Vorschriften dieses Gesetzes sind auf Bauprodukte in den Fällen nach Satz 1 Nr. 3 mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes und in Fällen nach Satz 1 Nr. 1, 2 und 4 mit den Bekanntmachungen nach Satz 2 anzuwenden; die §§ 13 und 14 sind mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anzuwenden. Werden die Bekanntmachungen nach Satz 2 auf

§ 3

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

Grund von Entscheidungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften aufgehoben, findet dieses Gesetz auf die davon betroffenen Bauprodukte insoweit keine Anwendung.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für Bauprodukte, soweit sich ihr Inverkehrbringen und freier Warenverkehr im Hinblick auf wesentliche Anforderungen nach § 5 Abs. 1 nach Rechtsvorschriften richtet, die der Umsetzung anderer Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften dienen.

§ 4

Allgemeine Anforderungen

(1) Ein Bauprodukt darf nur in den Verkehr gebracht und frei gehandelt werden, wenn es brauchbar nach § 5 ist und die Konformität nach § 8 nachgewiesen worden ist.

(2) Ist in bekanntgemachten harmonisierten Normen oder in einer dem Hersteller erteilten, europäischen technischen Zulassung nichts anderes bestimmt, darf ein Bauprodukt auch dann in den Verkehr gebracht werden, wenn sich seine Brauchbarkeit und Konformität aus anderen Rechtsvorschriften ergibt, die das Inverkehrbringen oder die Verwendung des Bauprodukts regeln; dieses Bauprodukt darf das CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 nicht tragen.

(3) Ein Bauprodukt nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 darf abweichend von Absatz 1 in den Verkehr gebracht und frei gehandelt werden, wenn eine Erklärung des Herstellers über die Übereinstimmung des Bauprodukts mit den allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegt, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gelten. Dieses Bauprodukt darf das CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 nicht tragen.

(4) Ist die Verwendung eines Bauprodukts nur für den Einzelfall vorgesehen, ist Absatz 1 nicht anzuwenden; dieses Bauprodukt darf das CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 nicht tragen.

(5) Rechtsvorschriften, die das Inverkehrbringen von Bauprodukten aus Gründen des allgemeinen Gesundheitsschutzes, des Arbeitsschutzes oder des Umweltschutzes weitergehend einschränken oder verbieten, bleiben unberührt.

§ 5

Brauchbarkeit

(1) Ein Bauprodukt ist brauchbar, wenn es solche Merkmale aufweist, daß die bauliche Anlage, für die es verwendet werden soll, bei ordnungsgemäßer Instandhaltung dem Zweck entsprechend während einer angemessenen Zeitdauer und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit gebrauchstauglich ist und die wesentlichen Anforderungen der mechanischen Festigkeit und Standsicherheit, des Brandschutzes, der Hygiene, Gesundheit und des Umwelt-

§ 4

Allgemeine Anforderungen

(1) Ein Bauprodukt darf nur in den Verkehr gebracht und frei gehandelt werden, wenn es brauchbar nach § 5 und **auf Grund** nachgewiesener Konformität nach § 8 **mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 gekennzeichnet** ist.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

§ 5

Brauchbarkeit

(1) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

schutzes, der Nutzungssicherheit, des Schallschutzes sowie der Energieeinsparung und des Wärmeschutzes erfüllt.

(2) Ein Bauprodukt gilt als brauchbar, wenn es bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen entspricht oder von diesen nur unwesentlich abweicht.

(3) Weicht ein Bauprodukt nicht nur unwesentlich von einer bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Norm oder einer dem Hersteller erteilten, europäischen technischen Zulassung ab, ist die Brauchbarkeit durch eine europäische technische Zulassung nach § 6 nachzuweisen, wenn für dieses Bauprodukt Leitlinien für die europäische technische Zulassung bekanntgemacht sind. *Ist dies nicht der Fall*, kann die Brauchbarkeit durch eine europäische technische Zulassung nach § 6 Abs. 4 Satz 2 nachgewiesen werden. Sätze 1 und 2 sind in den Fällen nach Absatz 5 nicht anzuwenden.

(4) Sind für ein Bauprodukt weder harmonisierte noch anerkannte Normen bekanntgemacht, ist die Brauchbarkeit durch eine europäische technische Zulassung nach § 6 nachzuweisen, wenn für dieses Bauprodukt Leitlinien für die europäische technische Zulassung bekanntgemacht sind. Sind solche Leitlinien nicht bekanntgemacht, kann die Brauchbarkeit durch eine europäische technische Zulassung nach § 6 Abs. 4 Satz 2 nachgewiesen werden, wenn dies die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gestattet.

(5) Weicht ein Bauprodukt nicht nur unwesentlich von einer bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Norm oder einer dem Hersteller erteilten, europäischen technischen Zulassung ab, die als Nachweis der Konformität eine Erklärung des Herstellers nach § 8 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 entweder in Verbindung mit § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 6 oder in Verbindung mit § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 6 vorschreibt, ist die Brauchbarkeit durch eine Erstprüfung des Bauprodukts nach § 9 Abs. 4 durch eine hierfür anerkannte Prüfstelle nachzuweisen.

§ 6

Europäische technische Zulassung

(1) Auf schriftlichen Antrag des Herstellers oder seines Vertreters erteilt die zuständige Stelle nach § 7 Abs. 1 (Zulassungsstelle) in den Fällen nach § 5 Abs. 3 und 4 für ein Bauprodukt eine europäische technische Zulassung, wenn das Bauprodukt brauchbar ist. Der Vertreter muß seinen Geschäftssitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften haben. Die zur *Beurteilung* des Antrages erforderlichen Unterlagen sind *diesem* beizufügen. Die Zulassungsstelle kann den Antrag zurückweisen, wenn die Unterlagen unvollständig sind oder erhebliche Mängel aufweisen.

(2) unverändert

(3) Weicht ein Bauprodukt nicht nur unwesentlich von einer bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Norm oder einer dem Hersteller erteilten, europäischen technischen Zulassung ab, ist die Brauchbarkeit durch eine europäische technische Zulassung nach § 6 nachzuweisen, wenn für dieses Bauprodukt Leitlinien für die europäische technische Zulassung bekanntgemacht sind. **Sind solche Leitlinien nicht bekanntgemacht**, kann die Brauchbarkeit durch eine europäische technische Zulassung nach § 6 Abs. 4 Satz 2 nachgewiesen werden. Sätze 1 und 2 sind in den Fällen nach Absatz 5 nicht anzuwenden.

(4) unverändert

(5) unverändert

§ 6

Europäische technische Zulassung

(1) Auf schriftlichen Antrag des Herstellers oder seines Vertreters erteilt die zuständige Stelle nach § 7 Abs. 1 (Zulassungsstelle) in den Fällen nach § 5 Abs. 3 und 4 für ein Bauprodukt eine europäische technische Zulassung, wenn das Bauprodukt brauchbar ist. Der Vertreter muß seinen Geschäftssitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften haben. Die zur **Begründung** des Antrages erforderlichen Unterlagen sind beizufügen. Die Zulassungsstelle kann den Antrag zurückweisen, wenn die Unterlagen unvollständig sind oder erhebliche Mängel aufweisen.

Entwurf

(2) Der Antrag auf Erteilung einer europäischen technischen Zulassung ist unzulässig, wenn der Hersteller oder sein Vertreter diesen Antrag bereits bei einer anderen Zulassungsstelle eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften gestellt hat.

(3) Probestücke und Probeausführungen, die für die Prüfung der Brauchbarkeit des Bauprodukts erforderlich sind, sind vom Hersteller oder seinem Vertreter zur Verfügung zu stellen und auf Anforderung der Zulassungsstelle durch Sachverständige zu entnehmen oder unter ihrer Aufsicht herzustellen. Die Sachverständigen werden von der Zulassungsstelle bestimmt.

(4) Die Beurteilung der Brauchbarkeit erfolgt auf der Grundlage der Leitlinien für die europäische technische Zulassung. Sind für ein Bauprodukt Leitlinien nicht bekanntgemacht, darf eine europäische technische Zulassung nur erteilt werden, wenn Einvernehmen mit den für europäische technische Zulassungen bestimmten Zulassungsstellen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften besteht, daß der Nachweis der Brauchbarkeit nach § 5 Abs. 1 erbracht ist.

(5) In der europäischen technischen Zulassung wird das nach § 8 anzuwendende Konformitätsnachweisverfahren festgelegt.

(6) Die europäische technische Zulassung wird widerruflich und für eine bestimmte Frist erteilt, die in der Regel fünf Jahre beträgt. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag jeweils um fünf Jahre verlängert werden; die Frist kann auch rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Zulassungsstelle eingegangen ist. Die europäische technische Zulassung kann, auch nachträglich, mit Nebenbestimmungen versehen werden, die sich insbesondere auf die Herstellung, die Baustoffeigenschaften, die Verwendung und die Unterrichtung der Abnehmer beziehen.

(7) Die europäische technische Zulassung wird unbeschadet der Rechte Dritter erteilt.

(8) Die Zulassungsstelle veröffentlicht den Gegenstand und wesentlichen Inhalt der von ihr erteilten europäischen technischen Zulassungen und gibt davon den von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften bestimmten Zulassungsstellen Kenntnis. Auf Anforderung einer Zulassungsstelle ist dieser eine Ausfertigung der europäischen technischen Zulassung zuzuleiten.

(9) Die durch das Verfahren der europäischen technischen Zulassung bedingten Kosten sind nach Maßgabe der Kostenregelung der Zulassungsstelle dem Antragsteller aufzuerlegen.

(10) Europäische technische Zulassungen von dafür bestimmten Zulassungsstellen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gelten auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Beschlüsse des 19. Ausschusses

(2) unverändert

(3) Probestücke und Probeausführungen, die für die Prüfung der Brauchbarkeit des Bauprodukts erforderlich sind, sind vom Hersteller oder seinem Vertreter zur Verfügung zu stellen **oder** auf Anforderung der Zulassungsstelle durch Sachverständige zu entnehmen oder unter ihrer Aufsicht herzustellen. Die Sachverständigen werden von der Zulassungsstelle bestimmt.

(4) Die Beurteilung der Brauchbarkeit erfolgt auf der Grundlage der Leitlinien für die europäische technische Zulassung. Sind für ein Bauprodukt Leitlinien nicht bekanntgemacht, darf eine europäische technische Zulassung nur erteilt werden, wenn Einvernehmen mit den für europäische technische Zulassungen bestimmten Zulassungsstellen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften besteht, daß der Nachweis der Brauchbarkeit nach § 5 Abs. 1 erbracht ist. **Die Zulassungsstelle kann zur Beurteilung der Brauchbarkeit Prüfstellen nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Sachverständige einschalten.**

(5) unverändert

(6) Die europäische technische Zulassung wird widerruflich und für eine bestimmte Frist erteilt, die in der Regel fünf Jahre beträgt. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag **in der Regel** um jeweils fünf Jahre verlängert werden; die Frist kann auch rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Zulassungsstelle eingegangen ist. Die europäische technische Zulassung kann, auch nachträglich, mit Nebenbestimmungen versehen werden, die sich insbesondere auf die Herstellung, die Baustoffeigenschaften, die Verwendung und die Unterrichtung der Abnehmer beziehen.

(7) unverändert

(8) unverändert

(9) unverändert

(10) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

§ 7

§ 7

Zulassungsstelle

unverändert

(1) Das Deutsche Institut für Bautechnik, Berlin, ist auf Grund des Abkommens über das Institut die für die Entscheidung über die europäische technische Zulassung zuständige Stelle. Soweit bei der Entscheidung über europäische technische Zulassungen Aufgaben berührt werden, die in bundeseigener Verwaltung oder im Auftrag des Bundes wahrgenommen werden, berücksichtigt das Institut im Rahmen dieses Gesetzes auch die besonderen Anforderungen dieser Aufgabenbereiche.

(2) Das Deutsche Institut für Bautechnik wirkt im Auftrag des Bundes in dem Gremium mit, in dem nach der Bauproduktenrichtlinie die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften bestimmten Zulassungsstellen zusammengeschlossen sind. Das Nähere wird zwischen Bund und Ländern vereinbart.

(3) Das Deutsche Institut für Bautechnik teilt dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die von den dafür bestimmten Zulassungsstellen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach der Bauproduktenrichtlinie erteilten europäischen technischen Zulassungen nach Gegenstand, wesentlichem Inhalt und Fundstelle mit.

§ 8

§ 8

Konformitätsnachweisverfahren**Konformitätsnachweisverfahren**

(1) Ein Bauprodukt, dessen Brauchbarkeit sich nach bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder nach europäischen technischen Zulassungen richtet, bedarf einer Bestätigung seiner Übereinstimmung (Konformität) mit diesen Normen oder Zulassungen nach den Absätzen 2 bis 7.

(1) unverändert

(2) Das Nachweisverfahren der Konformität kann bestehen aus:

(2) unverändert

1. Erstprüfung des Bauprodukts durch den Hersteller,
2. Erstprüfung des Bauprodukts durch eine Prüfstelle,
3. Prüfungen von im Werk entnommenen Proben nach festgelegtem Prüfplan durch den Hersteller oder eine Prüfstelle,
4. Stichprobenprüfung von im Werk, im freien Verkehr oder auf der Baustelle entnommenen Proben durch den Hersteller oder eine Prüfstelle,
5. Prüfung von Proben aus einem zur Lieferung anstehenden oder gelieferten Los durch den Hersteller oder eine Prüfstelle,
6. ständige Eigenüberwachung der Produktion durch den Hersteller (werkseigene Produktionskontrolle),

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

7. Erstinspektion des Werkes und der werkseigenen Produktionskontrolle durch eine Überwachungsstelle oder
8. laufende Überwachung, Beurteilung und Auswertung der werkseigenen Produktionskontrolle durch eine Überwachungsstelle.

Die Verfahren nach Satz 1 Nr. 1 bis 8 können entsprechend den Anforderungen an das Bauprodukt und seine Eigenschaften miteinander verbunden werden. Über die Tätigkeit der Prüf- und Überwachungsstellen nach Satz 1 sowie über die Bewertung ihrer Ergebnisse kann eine Bestätigung durch eine Zertifizierungsstelle verlangt werden.

(3) Die Bestätigung der Konformität erfolgt durch

1. Konformitätserklärung des Herstellers nach § 9 oder
2. Konformitätszertifikat nach § 10.

Ist als Nachweisverfahren ergänzend zu Absatz 2 Satz 1 die Bestätigung einer Zertifizierungsstelle über die Durchführung der produktbezogenen Prüfungen nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bis 5 vorgeschrieben, erfolgt die Bestätigung der Konformität durch ein Konformitätszertifikat nach § 10.

(4) Für ein Bauprodukt ergeben sich das Nachweisverfahren nach Absatz 2 und die Bestätigungsart nach Absatz 3 im einzelnen aus den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder deren Bekanntmachung nach § 3 Abs. 1 Satz 2 oder aus den europäischen technischen Zulassungen. Ist ein Nachweisverfahren und eine Bestätigungsart nicht festgelegt, bedarf es eines Nachweisverfahrens nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und 6 und einer Bestätigungsart nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1.

(5) Ein Bauprodukt, das nicht in Serie hergestellt wird, bedarf nur des Nachweisverfahrens nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und 6 und der Bestätigungsart nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1, sofern die bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder die europäischen technischen Zulassungen nicht etwas anderes bestimmen.

(6) Bei einem Bauprodukt nach Absatz 1 Satz 1 hat der Hersteller oder sein Vertreter das Bauprodukt auf Grund der Konformitätserklärung oder des Konformitätszertifikats mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 zu kennzeichnen. Sie können durch Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 verpflichtet werden, zusätzliche Angaben zum CE-Zeichen nach § 12 Abs. 2 zu machen. § 6 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Hat weder der Hersteller noch sein Vertreter seinen Geschäftssitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften, ist die Kennzeichnung mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 und den Angaben nach § 12 Abs. 2 von demjenigen vorzunehmen, der das Bauprodukt erstmals in den Verkehr bringt.

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) Ein Bauprodukt, das nicht in Serie hergestellt wird, bedarf nur des Nachweisverfahrens nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und 6 und der Bestätigungsart nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 1, sofern die bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen **oder deren Bekanntmachung nach § 3 Abs. 1 Satz 2** oder die europäischen technischen Zulassungen nicht etwas anderes bestimmen.

(6) Bei einem Bauprodukt nach Absatz 1 hat der Hersteller oder sein Vertreter das Bauprodukt auf Grund der Konformitätserklärung oder des Konformitätszertifikats mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 zu kennzeichnen. Sie können durch Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 verpflichtet werden, zusätzliche Angaben zum CE-Zeichen nach § 12 Abs. 2 zu machen. § 6 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Hat weder der Hersteller noch sein Vertreter seinen Geschäftssitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften, ist die Kennzeichnung mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 und den Angaben nach § 12 Abs. 2 von demjenigen vorzunehmen, der das Bauprodukt erstmals in den Verkehr bringt.

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

(7) Das CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 mit den Angaben nach § 12 Abs. 2 ist auf dem Bauprodukt oder auf seiner Verpackung oder, wenn dies nicht möglich ist, auf dem Lieferschein anzubringen.

(7) unverändert

(8) Es ist untersagt, ein Bauprodukt mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1, ohne daß die Konformität nach Absatz 1 nachgewiesen ist, oder mit einem damit verwechselbaren Zeichen zu kennzeichnen. Es ist ferner untersagt, zum CE-Zeichen Angaben nach § 12 Abs. 2 zu machen, ohne dazu aufgrund eines Konformitätsnachweises nach Absatz 1 berechtigt zu sein.

(8) unverändert

§ 9

Konformitätserklärung des Herstellers

(1) Mit der Konformitätserklärung bestätigt der Hersteller oder sein Vertreter, daß die zum Nachweis der Konformität vorgeschriebenen Verfahren durchgeführt worden sind und die Konformität des Bauprodukts ergeben haben. § 6 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Die Konformitätserklärung ist schriftlich *in deutscher Sprache* abzugeben, vom Hersteller oder seinem Vertreter aufzubewahren und auf Verlangen den Beauftragten der zuständigen Behörde vorzulegen. Die Konformitätserklärung hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. Name und Anschrift des Herstellers oder seines Vertreters,
2. Beschreibung des Bauprodukts,
3. die bekanntgemachte harmonisierte oder anerkannte Norm, die dem Hersteller erteilte, europäische technische Zulassung oder den Nachweis nach Absatz 4, die für die Beurteilung des Bauprodukts maßgeblich sind,
4. besondere Verwendungshinweise,
5. Namen und Anschriften der Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen,
6. Name und Funktion der Person, die zur Unterzeichnung im Namen des Herstellers oder seines Vertreters ermächtigt ist.

(2) Ist ein Nachweisverfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 6 vorgeschrieben, darf der Hersteller oder sein Vertreter eine Konformitätserklärung nur abgeben, wenn er durch Erstprüfung des Bauprodukts und werkseigene Produktionskontrolle sichergestellt hat, daß das von ihm hergestellte Bauprodukt den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen entspricht.

(3) Ist ein Nachweisverfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 6 vorgeschrieben, darf der Hersteller oder

§ 9

Konformitätserklärung des Herstellers

(1) Mit der Konformitätserklärung bestätigt der Hersteller oder sein Vertreter, daß die zum Nachweis der Konformität vorgeschriebenen Verfahren durchgeführt worden sind und die Konformität des Bauprodukts ergeben haben. § 6 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Die Konformitätserklärung ist schriftlich abzugeben, vom Hersteller oder seinem Vertreter aufzubewahren und auf Verlangen den Beauftragten der zuständigen Behörde **in deutscher Sprache** vorzulegen. Die Konformitätserklärung hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. Name und Anschrift des Herstellers oder seines Vertreters,
2. Beschreibung des Bauprodukts,
3. die bekanntgemachte harmonisierte oder anerkannte Norm, die dem Hersteller erteilte, europäische technische Zulassung oder den Nachweis nach Absatz 4, die für die Beurteilung des Bauprodukts maßgeblich sind,
4. besondere Verwendungshinweise,
5. Namen und Anschriften der Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen,
6. Name und Funktion der Person, die zur Unterzeichnung im Namen des Herstellers oder seines Vertreters ermächtigt ist.

(2) unverändert

(3) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

sein Vertreter eine Konformitätserklärung nur abgeben, wenn die Prüfstelle nach Erstprüfung des Bauprodukts bestätigt hat, daß das Bauprodukt den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen entspricht und der Hersteller durch werkseigene Produktionskontrolle sichergestellt hat, daß das von ihm hergestellte Bauprodukt den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen entspricht.

(4) Bei einem Bauprodukt nach § 5 Abs. 5 erfolgt der Nachweis der Brauchbarkeit auf schriftlichen Antrag des Herstellers oder seines Vertreters im Rahmen der Prüfung nach Absatz 3 unter Berücksichtigung der in den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen enthaltenen Anforderungen. § 6 Abs. 1 Satz 2 bis 4, Abs. 3, Abs. 6 Satz 3, Abs. 7 ist entsprechend anzuwenden.

(4) unverändert

(5) Ist ein Nachweisverfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 3, 6 bis 8 in Verbindung mit Satz 3 vorgeschrieben, darf der Hersteller oder sein Vertreter eine Konformitätserklärung nur abgeben, wenn er durch Erstprüfung des Bauprodukts und werkseigene Produktionskontrolle und, soweit vorgesehen, durch Prüfung von im Werk entnommenen Proben nach festgelegtem Prüfplan sichergestellt hat, daß das von ihm hergestellte Bauprodukt den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen entspricht und eine Zertifizierungsstelle bestätigt hat, daß eine Erstinspektion des Werkes und der werkseigenen Produktionskontrolle durchgeführt worden ist und, soweit vorgesehen, die laufende Überwachung der werkseigenen Produktionskontrolle nach den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen vorgenommen wird.

(5) unverändert

(6) § 8 Abs. 6 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden.

(6) unverändert

§ 10

Konformitätszertifikat

Auf Antrag des Herstellers oder seines Vertreters erteilt die Zertifizierungsstelle in Fällen nach § 8 Abs. 3 Satz 2 ein Konformitätszertifikat, wenn die zum Nachweis der Konformität des Bauprodukts vorgeschriebenen Verfahren durchgeführt worden sind und dessen Konformität ergeben haben. § 6 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Das Konformitätszertifikat ist vom Hersteller oder seinem Vertreter aufzubewahren und auf Verlangen den Beauftragten der zuständigen Behörde vorzulegen. Es hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. Name und Anschrift der Zertifizierungsstelle,
2. Name und Anschrift des Herstellers oder seines Vertreters,
3. Beschreibung des Bauprodukts,

§ 10

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

4. bekanntgemachte harmonisierte oder anerkannte Normen oder europäische technische Zulassungen, die für die Beurteilung des Bauprodukts maßgeblich sind,
5. besondere Verwendungshinweise,
6. Nummer des Zertifikats, gegebenenfalls Angaben zu Nebenbestimmungen und zur Gültigkeitsdauer des Zertifikats,
7. Name und Funktion des Unterzeichners des Zertifikats.

§ 8 Abs. 6 Satz 4 ist auf die Antragstellung nach Satz 1 und die Verpflichtungen nach Satz 3 entsprechend anzuwenden. Ist das Konformitätszertifikat von einer anerkannten Zertifizierungsstelle aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften erteilt, ist es in deutscher Sprache vorzulegen.

§ 11

Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen

(1) Die zuständige *oberste Landesbehörde* oder die von ihr bestimmte *Behörde* kann auf schriftlichen Antrag eine Person, Stelle oder Überwachungsgemeinschaft als

1. Prüfstelle für einen Brauchbarkeitsnachweis nach § 9 Abs. 4,
2. Prüfstelle für die Verfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 5,
3. Überwachungsstelle für die Verfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 und 8,
4. Zertifizierungsstelle für Bestätigungen nach § 8 Abs. 2 Satz 3 und Erteilung des Konformitätszertifikats nach § 10

anerkennen, wenn sie oder die bei ihr Beschäftigten nach ihrer Ausbildung, Fachkenntnis, persönlichen Zuverlässigkeit, ihrer Unparteilichkeit und ihren Leistungen Gewähr dafür bieten, daß diese Aufgaben sachgerecht wahrgenommen werden und wenn sie über die erforderlichen Vorrichtungen verfügen. Die *Anerkennungsstelle* hat die anerkannten Stellen regelmäßig im Hinblick auf die Anforderungen nach Satz 1 zu überprüfen.

(2) Behörden können im Rahmen ihrer Aufgaben als Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle nach Absatz 1 tätig werden, wenn sie ausreichend mit geeigneten Fachkräften besetzt und mit den erforderlichen Vorrichtungen ausgestattet sind. Sie haben ihre Tätigkeit nach Satz 1 der zuständigen *obersten Landesbehörde* über die Fachaufsichtsbehörde unter Angabe der Produktbereiche und der Aufgaben anzuzeigen. Der Fachaufsichtsbehörde obliegt die regelmäßige Überprüfung der in Satz 1 genannten Behörden entsprechend Absatz 1 Satz 2.

§ 11

Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen

(1) Die **nach Landesrecht** zuständige oder **von der Landesregierung** bestimmte **Anerkennungsbehörde** kann auf schriftlichen Antrag eine Person, Stelle oder Überwachungsgemeinschaft als

1. Prüfstelle für **eine Brauchbarkeitsbeurteilung** nach **§ 6 Abs. 4 Satz 3** oder für einen Brauchbarkeitsnachweis nach § 9 Abs. 4,
2. Prüfstelle für die Verfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 5,
3. Überwachungsstelle für die Verfahren nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 und 8,
4. Zertifizierungsstelle für Bestätigungen nach § 8 Abs. 2 Satz 3 und Erteilung des Konformitätszertifikats nach § 10

anerkennen, wenn sie oder die bei ihr Beschäftigten nach ihrer Ausbildung, Fachkenntnis, persönlichen Zuverlässigkeit, ihrer Unparteilichkeit und ihren Leistungen Gewähr dafür bieten, daß diese Aufgaben sachgerecht wahrgenommen werden und wenn sie über die erforderlichen Vorrichtungen verfügen. Die **Anerkennungsbehörde** hat die anerkannten Stellen regelmäßig im Hinblick auf die Anforderungen nach Satz 1 zu überprüfen.

(2) Behörden können im Rahmen ihrer Aufgaben als Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle nach Absatz 1 tätig werden, wenn sie ausreichend mit geeigneten Fachkräften besetzt und mit den erforderlichen Vorrichtungen ausgestattet sind. Sie haben ihre Tätigkeit nach Satz 1 der **nach Landesrecht** zuständigen **oder von der Landesregierung bestimmten Behörde** über die Fachaufsichtsbehörde unter Angabe der Produktbereiche und der Aufgaben anzuzeigen. Der Fachaufsichtsbehörde obliegt die regelmäßige Überprüfung der in Satz 1 genannten Behörden entsprechend Absatz 1 Satz 2.

Entwurf

(3) Werden von einem Antrag auf Anerkennung nach Absatz 1 Aufgaben berührt, die in bundeseigener Verwaltung oder im Auftrag des Bundes wahrgenommen werden, hört die zuständige *oberste Landesbehörde* zunächst den zuständigen Bundesminister an. Dem zuständigen Bundesminister steht für Anerkennungen nach Satz 1 ein Vorschlagsrecht zu.

(4) Die Anerkennungen nach Absatz 1 gelten auch in den anderen Bundesländern.

(5) Für die Erledigung der Aufgaben durch Personen, Stellen, Überwachungsgemeinschaften und Behörden nach Absätzen 1 und 2 sind Kosten (Gebühren und Auslagen) zu erheben.

(6) Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen, die von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften anerkannt worden sind, stehen entsprechend dieser Anerkennung den nach Absatz 1 anerkannten Stellen gleich.

§ 12

CE-Zeichen

(1) Das Konformitätszeichen nach diesem Gesetz ist das CE-Zeichen. Einzelheiten werden durch Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 festgelegt.

(2) Zum CE-Zeichen nach Absatz 1 können durch Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 insbesondere folgende Angaben vorgeschrieben werden:

1. Name des Herstellers oder seines Vertreters,
2. Angaben zu den Produktmerkmalen nach den bekanntgemachten harmonisierten oder anerkannten Normen oder europäischen technischen Zulassungen,
3. die letzten beiden Ziffern des Herstellungsjahres des Bauprodukts,
4. Angaben zur eingeschalteten Zertifizierungsstelle,
5. Nummer des Konformitätszertifikats.

§ 6 Abs. 1 Satz 2 und § 8 Abs. 6 Satz 4 sind entsprechend anzuwenden.

(3) Ein Bauprodukt, das das CE-Zeichen nach Absatz 1 trägt, hat die widerlegbare Vermutung für sich, daß es im Sinne von § 5 brauchbar ist und daß die Konformität nach § 8 nachgewiesen worden ist.

Beschlüsse des 19. Ausschusses

(3) Werden von einem Antrag auf Anerkennung nach Absatz 1 Aufgaben berührt, die in bundeseigener Verwaltung oder im Auftrag des Bundes wahrgenommen werden, hört die **nach Landesrecht zuständige oder von der Landesregierung bestimmte Anerkennungsbehörde** zunächst den zuständigen Bundesminister an. Dem zuständigen Bundesminister steht für Anerkennungen nach Satz 1 ein Vorschlagsrecht zu.

(4) unverändert

(5) unverändert

(6) unverändert

(7) Die nach Landesrecht zuständige oder von der Landesregierung bestimmte Behörde hat dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Namen und Anschriften der anerkannten Stellen nach Absatz 1 und der Behörden nach Absatz 2 mitzuteilen sowie Angaben zum Umfang der Anerkennung oder der Aufgaben zu machen.

§ 12

unverändert

Entwurf

§ 13

**Verbot unberechtigt gekennzeichnete
Bauprodukte; Betretungsrecht**

(1) Sind Bauprodukte unberechtigt mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 oder mit Angaben nach § 12 Abs. 2 gekennzeichnet, ohne daß dazu die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 6 vorliegen, oder fehlen Angaben, die nach § 8 Abs. 6 und § 12 Abs. 2 vorgeschrieben sind, kann die zuständige *oberste Landesbehörde* oder die von *ihr* bestimmte Behörde das Inverkehrbringen und den freien Warenverkehr mit diesen Bauprodukten untersagen und deren Kennzeichnung mit dem CE-Zeichen entwerfen oder beseitigen lassen. Entsprechendes gilt, wenn Bauprodukte mit einem Zeichen gekennzeichnet sind, das mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 verwechselt werden kann.

(2) Die Beauftragten der zuständigen Behörde sind in Ausübung ihres Amtes nach Absatz 1 befugt, Geschäfts- und Betriebsräume sowie dem Geschäft und Betrieb dienende Grundstücke, in oder auf denen Bauprodukte hergestellt werden, zum Zwecke des Inverkehrbringens oder freien Warenverkehrs lagern oder ausgestellt sind, zu den Betriebs- und Geschäftszeiten zu betreten, die Bauprodukte zu besichtigen und zu prüfen. Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind die in Satz 1 genannten Personen befugt, die in Satz 1 bezeichneten Grundstücke und Räume auch außerhalb der dort genannten Zeiten zu betreten.

§ 14

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 8 Abs. 6 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 die zusätzlichen Angaben zum CE-Zeichen nicht macht,
2. entgegen § 8 Abs. 8 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 ein Bauprodukt mit dem CE-Zeichen oder einem damit verwechselbaren Zeichen kennzeichnet oder

Beschlüsse des 19. Ausschusses

§ 13

**Verbot unberechtigt gekennzeichnete
Bauprodukte; Betretungsrecht**

(1) Sind Bauprodukte unberechtigt mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 oder mit Angaben nach § 12 Abs. 2 gekennzeichnet, ohne daß dazu die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 6 vorliegen, oder fehlen Angaben, die nach § 8 Abs. 6 und § 12 Abs. 2 vorgeschrieben sind, kann die **nach Landesrecht** zuständige oder von **der Landesregierung** bestimmte Behörde das Inverkehrbringen und den freien Warenverkehr mit diesen Bauprodukten untersagen und deren Kennzeichnung mit dem CE-Zeichen entwerfen oder beseitigen lassen. Entsprechendes gilt, wenn Bauprodukte mit einem Zeichen gekennzeichnet sind, das mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 verwechselt werden kann.

(2) **Stellt die nach Landesrecht zuständige oder von der Landesregierung bestimmte Behörde fest, daß von mit dem CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 gekennzeichneten Bauprodukten bei bestimmungsgemäßer Verwendung eine Gefahr für Leben oder Gesundheit der Verwender oder Dritter droht, trifft sie alle erforderlichen Maßnahmen, um das Inverkehrbringen und den freien Warenverkehr mit diesen Bauprodukten zu verhindern oder zu beschränken oder sie aus dem Verkehr zu ziehen. Sie kann insbesondere das Inverkehrbringen und den freien Warenverkehr mit diesen Bauprodukten vorläufig untersagen, ihren Rückruf anordnen und sie sicherstellen.**

(3) Die Beauftragten der zuständigen Behörde sind in Ausübung ihres Amtes nach **Absätzen 1 und 2** befugt, Geschäfts- und Betriebsräume sowie dem Geschäft und Betrieb dienende Grundstücke, in oder auf denen Bauprodukte hergestellt werden, zum Zwecke des Inverkehrbringens oder freien Warenverkehrs lagern oder ausgestellt sind, zu den Betriebs- und Geschäftszeiten zu betreten, die Bauprodukte zu besichtigen und zu prüfen. Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind die in Satz 1 genannten Personen befugt, die in Satz 1 bezeichneten Grundstücke und Räume auch außerhalb der dort genannten Zeiten zu betreten.

§ 14

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 19. Ausschusses

3. entgegen § 8 Abs. 8 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 zum CE-Zeichen Angaben macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 15

Rechtsverordnungen

(1) Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. das CE-Zeichen nach § 12 Abs. 1 festzulegen und zu diesem Zeichen zusätzliche Angaben nach § 12 Abs. 2 zu verlangen sowie das Anbringen von mit dem CE-Zeichen verwechselbaren Zeichen zu untersagen,
2. Einzelheiten des Inhalts der Konformitätserklärung nach § 9 Abs. 1 und des Konformitätszertifikats nach § 10 festzulegen,
3. das Anerkennungsverfahren als Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle nach § 11 Abs. 1, die Voraussetzungen für die Anerkennung, ihren Widerruf und ihr Erlöschen zu regeln, insbesondere auch Altersgrenzen festzulegen sowie eine ausreichende Haftpflichtversicherung zu fordern.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. das Verfahren der Veröffentlichung der europäischen technischen Zulassung nach § 6 Abs. 8 zu regeln,
2. die Überprüfung der Personen, Stellen und Überwachungsgemeinschaften nach § 11 Abs. 1 Satz 2 zu regeln,
3. die Erhebung von Kosten (Gebühren und Auslagen) für die Tätigkeit der Personen, Stellen, Überwachungsgemeinschaften und Behörden nach § 11 Abs. 1 und 2 zu regeln und die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Gebührensätze näher zu bestimmen.

§ 16

Überleitungsvorschriften

(1) Bis zum Inkrafttreten des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik, Berlin, nimmt das Institut für Bautechnik, Berlin, die Aufgaben der Zulassungsstelle nach § 7 Abs. 1 vorläufig wahr, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1993. Der Bund zahlt für das Jahr 1993 als Abschlag auf die Kosten-

§ 15

unverändert

§ 16

Überleitungsvorschriften

(1) Bis zum Inkrafttreten des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik, Berlin, nimmt das Institut für Bautechnik, Berlin, die Aufgaben der Zulassungsstelle nach § 7 Abs. 1 vorläufig wahr, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1993. Der Bund zahlt für das Jahr 1993 als Abschlag auf die Kosten-

Entwurf

erstattung in vierteljährlichen Raten jährlich den Betrag, den er für das Haushaltsjahr 1990 nach Artikel 7 des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für Bautechnik aus dem Jahr 1968 zu zahlen hat. Die 1992 anfallenden Kosten gelten durch die Zuwendung des Bundes an das Institut aus dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für Bautechnik aus dem Jahr 1968 als abgegolten.

(2) Bis zum Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 kann die zuständige *oberste Landesbehörde* Personen, Stellen und Überwachungsgemeinschaften vorläufig anerkennen, wenn diese die Anforderungen nach § 11 Abs. 1 erfüllen und bereits auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften, die die Verwendung von Bauprodukten regeln, anerkannt sind. Die vorläufige Anerkennung darf höchstens für zwei Jahre ausgesprochen werden. § 11 Abs. 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

§ 17

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Beschlüsse des 19. Ausschusses

erstattung für die **Wahrnehmung von Aufgaben nach § 7 Abs. 2 und 3** in vierteljährlichen Raten jährlich den Betrag, den er für das Haushaltsjahr 1990 nach Artikel 7 des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für Bautechnik aus dem Jahr 1968 zu zahlen hat. Die 1992 anfallenden Kosten gelten durch die Zuwendung des Bundes an das Institut aus dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für Bautechnik aus dem Jahr 1968 als abgegolten.

(2) Bis zum Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 müssen das **CE-Zeichen** nach § 12 Abs. 1 und die **zusätzlichen Angaben nach § 12 Abs. 2 mindestens die Anforderungen des Anhangs III Nr. 4.1 der Bauproduktenrichtlinie erfüllen.**

(3) Bis zum Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 muß die **Konformitätserklärung nach § 9 Abs. 1 mindestens die Anforderungen des Anhangs III Nr. 4.3 der Bauproduktenrichtlinie und muß das Konformitätszertifikat nach § 10 mindestens die Anforderungen des Anhangs III Nr. 4.2 der Bauproduktenrichtlinie erfüllen.**

(4) Bis zum Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 kann die **nach Landesrecht zuständige oder von der Landesregierung bestimmte Anerkennungsbehörde** Personen, Stellen und Überwachungsgemeinschaften vorläufig anerkennen, wenn diese die Anforderungen nach § 11 Abs. 1 erfüllen und bereits auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften, die die Verwendung von Bauprodukten regeln, anerkannt sind. Die vorläufige Anerkennung darf höchstens für **fünf** Jahre ausgesprochen werden. § 11 Abs. 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

§ 17

unverändert

Bericht der Abgeordneten Dieter Schloten und Thomas Molnar

I.

Der Deutsche Bundestag hat den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Bauproduktengesetzes — Drucksache 12/1462 — in seiner 57. Sitzung am 14. November 1991 im vereinfachten Verfahren an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuß und an den Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Gesetzentwurf am 18. März 1992 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P., bei Abwesenheit der parlamentarischen Gruppen und zwei Gegenstimmen aus den Reihen der Fraktion der SPD angenommen. Der Rechtsausschuß hat am 6. Mai 1992 auf die Mitberatung verzichtet.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Gesetzentwurf ab 11. Dezember 1991 in fünf Sitzungen beraten. In seiner 26. Sitzung am 22. Januar 1992 hat er einen Bericht von Fachbeamten der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder (ARGEBAU) über die Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie auf Länderebene entgegengenommen. In seiner 27. Sitzung am 12. Februar 1992 hat der Ausschuß den Referatsleiter Bauwirtschaft der Generaldirektion III der EG-Kommission zum Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der Richtlinie auf der Ebene der EG-Kommission angehört. In seiner 29. Sitzung am 11. März 1992 hat der Ausschuß die Stellungnahme des Vertreters des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) entgegengenommen und erörtert. Schließlich hat der Ausschuß in seiner 31. Sitzung am 29. April 1992 die Einzelberatung durchgeführt und den Gesetzentwurf mit einer Reihe von redaktionellen Änderungen einstimmig zur Annahme empfohlen.

II.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau begrüßt die Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie als wichtigen Schritt in den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt. Durch die Bauproduktenrichtlinie werden Handelshemmnisse für Bauprodukte zwischen den Mitgliedstaaten der EG beseitigt, auf europäischer Ebene ein durchgängiger Qualitätsstandard gewährleistet und damit ein europaweiter Wettbewerb ermöglicht. Nach Ansicht des Ausschusses werden die Richtlinie und das Gesetz sowohl dem Hersteller als auch dem Verbraucher von Bauprodukten durch mehr Transparenz auf dem Bauproduktmarkt Vorteile bringen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat sich davon überzeugt, daß der von der Bauproduktenrichtlinie eingeschlagene Weg, die Harmonisierung der Bauprodukte erst nach und nach zu vollziehen, richtig ist und zum Ziel führt. Dieses neue Konzept der Richtlinie, die selbst nur übergeordnete Sicherheits- und Schutzziele festlegt, während sie alle technischen Einzelheiten in harmonisierte Normen verweist, erfordert eine ständige enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Nach dem Bericht des Vertreters der EG-Kommission im Ausschuß ist diese Zusammenarbeit in verschiedenen Gremien auf europäischer Ebene angelaufen. So hat der im März 1989 eingesetzte Ständige Ausschuß in 16 Sitzungen bereits Leitlinien zur Erarbeitung der Grundlagendokumente verabschiedet und Entwürfe für die Grundlagendokumente erarbeitet. Diese Dokumente bilden die Basis für Mandate für harmonisierte Normen, für Anerkennungsverfahren für nationale Normen und für Aufträge für Leitlinien für die europäische technische Zulassung. Eine vom Ständigen Ausschuß eingesetzte Arbeitsgruppe bereitet die Entscheidungen über die Konformitätsbescheinigungen vor. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau legt Wert darauf, daß in diese Harmonisierungsarbeiten auf nationaler Ebene die Verbände und Fachkreise eng einbezogen werden, um praktikable Lösungen zu erreichen.

Der Ausschuß hat sich in seinen Beratungen die Frage gestellt, ob die Bauproduktenrichtlinie und das Bauproduktengesetz nicht ihrerseits neue bürokratische Hemmnisse für den Bauproduktmarkt aufrichten und ob das Deutsche Institut für Bautechnik in Berlin in der Lage sein wird, die Zulassungsanträge zügig zu bearbeiten. Dabei hat der Ausschuß erwogen, die Verfahrensdauer im Interesse der Antragsteller gesetzlich zu begrenzen. Nach den Ausführungen der Vertreter von Bundesregierung und ARGEBAU besteht eine solche Notwendigkeit nicht. Das Institut für Bautechnik wird so ausgestattet, daß es zu einer zügigen Bearbeitung in der Lage ist. Auch ist zu bedenken, daß schon bisher Bauprodukte einem Zulassungsverfahren unterworfen sind. Im übrigen ist es dem Hersteller freigestellt, die Zulassung bei einer Stelle der übrigen 11 Mitgliedstaaten zu beantragen. Der Ausschuß erwartet, daß diese Konkurrenzsituation auch zu einer Beschleunigung der Zulassungsverfahren beitragen wird.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sieht mit Sorge, daß es Probleme dadurch geben könnte, daß die EG-Kommission für einzelne Segmente weitere spezielle Richtlinien vorlegt, die den Grundsätzen der Bauproduktenrichtlinie nicht Rechnung tragen. Der Ausschuß hat die Bundesregierung gebeten, in Brüssel darauf hinzuwirken, daß Mehrfachregelungen möglichst vermieden werden.

Der Ausschuß hat sich auch eingehend mit der Frage befaßt, ob die in der Richtlinie und im Gesetz an Bauprodukte gestellten Anforderungen ausreichen, um Gefährdungen der Umwelt zu vermeiden. Ein Vertreter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) hat darauf hingewiesen, daß z. Z. im Rahmen des TAB-Projektes „Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ Vorsorgestrategien für den Grundwasserschutz im Bereich Bauindustrie und Baugewerbe untersucht werden. Dabei soll der komplexe Wirkungsmechanismus von Bauprodukten während der Phasen Bau, Nutzung, Abriß und Entsorgung auf die Umwelt beschrieben werden. Im Vorgriff auf die Ergebnisse hat der Vertreter des TAB Änderungen in den Begriffsbestimmungen von § 2 und in den Anforderungen von § 5 des Gesetzentwurfs angeregt. Der Ausschuß sieht nach eingehender Erörterung keine Notwendigkeit zu textlichen Änderungen, begrüßt diese Anregungen jedoch als Auslegungshilfen; diese sind als Erläuterungen bei den einzelnen Vorschriften (unten Abschnitt III) aufgeführt.

Der Ausschuß ist darüber hinaus mit dem Bundesrat der Ansicht, daß bei der Brauchbarkeit von Bauprodukten in zunehmendem Maße die Recyclingfähigkeit eine Rolle spielen wird. Der Vertreter der Bundesregierung hat im Ausschuß darauf hingewiesen, daß dieses Merkmal in der Richtlinie noch nicht enthalten ist und somit auch nicht in das die Richtlinie umsetzende nationale Gesetz aufgenommen werden kann. Der Ausschuß hat die Bundesregierung gebeten, bei der ersten Novellierung der Richtlinie auf eine entsprechende Ergänzung hinzuwirken.

Der Ausschuß hat festgestellt, daß die Frist für die Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie bereits am 27. Juni 1991 abgelaufen ist. Er ist mit der Bundesregierung der Ansicht, daß die Überschreitung der Umsetzungsfrist im Hinblick auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Abstimmung zwischen Bund und Ländern, aber auch im Hinblick auf die auf europäischer Ebene noch zu leistenden Vorarbeiten gerechtfertigt werden kann.

III.

Zu den einzelnen Vorschriften

Soweit die Vorschriften des Gesetzentwurfs im Laufe der Ausschußberatungen geändert worden sind oder Gegenstand besonderer Erörterungen waren, werden sie im folgenden erläutert; im übrigen wird auf die Begründung des Gesetzentwurfs in Drucksache 12/1462 verwiesen.

Zur Überschrift

Die Änderung in der Überschrift beruht darauf, daß die Aufnahme der Fundstelle der durch das BauPG umzusetzenden Richtlinie in die Überschrift des Gesetzes nicht erforderlich ist, weil die Fundstelle in § 1 enthalten ist.

Zu § 2

In der Definition von Absatz 1 Nr. 1 sind auch alle Bereiche des Grundbaus, des Wasserwegebbaus, des baulichen Bergbaus und des Brunnenbaus erfaßt. Hierzu gehören auch Versiegelungen, Injektionen und andere Methoden der statischen Baugrundverbesserung.

Die in Absatz 1 Nr. 2 aufgeführten Anlagen sind nur beispielhaft und nicht abschließend zu verstehen. Es ist daher nicht nötig, die Definition um z. B. Kanalarhre, Tunnelsegmente, Geotextilien und -folien zu erweitern. Der Begriff des Herstellens umfaßt nach Auffassung des Ausschusses auch das Wiederverwenden, Wiederverwerten und Mischen von Baustoffen.

Die Einfügung des Semikolons in Absatz 2 Satz 1 dient der Klarstellung, daß die europäischen harmonisierten Normen nach Artikel 7 Abs. 1 der Bauproduktenrichtlinie in innerstaatliche Normen umgesetzt werden, die dann nach § 3 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes bekanntgemacht werden.

Zu § 4

Die Änderung in Absatz 1 dient der Klarstellung, daß der Nachweis der Konformität mit der Kennzeichnung durch das CE-Zeichen abschließt.

Zu § 5

Der Ausschuß hat eingehend die Anregung des TAB erörtert, den Begriff des Umweltschutzes in Absatz 1 durch den Begriff der Umweltverträglichkeit zu ersetzen. Er hat diese Anregung nicht aufgenommen, weil der Begriff des Umweltschutzes umfassender ist und seinerseits die Umweltverträglichkeitsprüfung mit einschließt.

Die Änderung in Absatz 3 Satz 2 dient der Anpassung an den Sprachgebrauch des § 5 Abs. 4 Satz 2.

Zu § 6

Die Änderung in Absatz 1 Satz 3 dient der Klarstellung, daß durch die beizufügenden Unterlagen der Antrag auf eine europäische technische Zulassung näher zu erläutern ist.

Die Ersetzung von „und“ durch „oder“ in Absatz 3 Satz 1 macht deutlich, daß hier alternativ eine Zurverfügungstellung der Probestücke und Probeausführungen durch den Hersteller oder eine Entnahme durch Sachverständige auf Anforderung der Zulassungsstelle erfolgt.

Der neu angefügte Satz 3 in Absatz 4 trägt dem Anliegen Rechnung, daß auch im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung der europäischen technischen Zulassung durch die Zulassungsstelle Prüfstellen eingeschaltet werden können, die im Auftrag der Zulassungsstelle Prüfungen durchführen. So ist es auch in Artikel 18 Abs. 1 Bauproduktenrichtlinie vorgesehen.

Die Einfügung führt zu einer Folgeänderung in § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1.

Durch die Änderung in Absatz 6 Satz 2 erster Halbsatz wird klargestellt, daß die Verlängerung einer europäischen technischen Zulassung grundsätzlich für einen Zeitraum von fünf Jahren erfolgt, aber ausnahmsweise auch Verlängerungen um einen kürzeren Zeitraum in Betracht kommen.

Zu § 8

Wenn es an einer Festlegung der Form des Konformitätsnachweisverfahrens in den technischen Spezifikationen fehlt, was insbesondere bei anerkannten Normen der Fall sein kann, dann kann diese Festlegung in deren Bekanntmachung erfolgen (vgl. § 8 Abs. 4 Satz 1). Dementsprechend kann auch in einer solchen Bekanntmachung die Regelung enthalten sein, daß für Bauprodukte, die nicht in Serie hergestellt werden, nicht ein Konformitätsnachweisverfahren der niedrigsten Stufe, sondern einer höheren Stufe zur Anwendung kommen soll. Diesem Sachverhalt soll die klarstellende Änderung in Absatz 5 Rechnung tragen.

Die Änderung in Absatz 6 Satz 1 dient der Anpassung an die Fassung von Absatz 1.

Zu § 9

Die Änderung in Absatz 1 Satz 3 verdeutlicht, daß die Konformitätserklärung nur bei Verlangen der zuständigen Behörde in deutscher Sprache vorzulegen ist, also nicht in jedem Fall auch in deutscher Sprache aufbewahrt werden muß.

Zu § 11

Durch die Änderung der Eingangsworte in Absatz 1 Satz 1 wird ermöglicht, daß die Bestimmung der zuständigen Behörde auch durch Rechtssatz, also im Wege der Rechtsverordnung, erfolgen kann. Durch diese Änderung wird der Stellungnahme des Bundesrates und der Gegenäußerung der Bundesregierung Rechnung getragen.

Die Änderung in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 ist eine Folge der Anfügung von § 6 Abs. 4 Satz 3.

Die Änderung in Absatz 1 Satz 2 dient der Klarstellung, daß die Anerkennung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen stets durch eine Landesbehörde erfolgt. Auch diese Änderung trägt der Stellungnahme des Bundesrates und der Gegenäußerung der Bundesregierung Rechnung.

Die Änderungen in Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1 sind eine Folge der Änderung der Eingangsworte in Absatz 1 Satz 1.

Die Einfügung des Absatzes 7 ist notwendig, da gemäß Artikel 18 Abs. 1 Bauproduktenrichtlinie jeder Mitgliedstaat verpflichtet ist, der Kommission ein Verzeichnis der Namen und Anschriften der Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen zu über-

mitteln. Um diese Mitteilung vornehmen zu können, muß der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Kenntnis davon haben, welche Stellen als Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen tätig werden.

Zu § 13

Die Änderung in Absatz 1 Satz 1 ist die Folge der Änderung in § 11 Abs. 1 Satz 1.

Der neu eingefügte Absatz 2 enthält in Satz 1 die Ermächtigungsgrundlage für die nach Landesrecht zuständige oder von der Landesregierung bestimmte Behörde, bei der Feststellung einer Gefahr infolge von sicherheitstechnischen Mängeln der Bauprodukte alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Vermarktung dieser Bauprodukte zu unterbinden. Satz 2 stellt klar, daß als geeignete Maßnahmen auch die vorläufige Untersagung des Inverkehrbringens oder des freien Warenverkehrs mit den betreffenden Bauprodukten, deren Rückruf und Sicherstellung in Betracht kommt. In Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ist von Maßnahmen nach Satz 1 und 2 abzugehen, wenn durch eigene Maßnahmen der Verantwortlichen die von diesen Bauprodukten ausgehende Gefahr abgewendet werden kann. Wenn bereits gegen den Hersteller, seinen Vertreter oder denjenigen, der die Bauprodukte erstmals in den Verkehr bringt, eine Maßnahme zur Verhinderung des Inverkehrbringens getroffen worden ist, so ist nach den Vorgaben des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes eine Maßnahme gegen den Händler nur zulässig, wenn dieser von einer ihm eingeräumten Befugnis, die betreffenden Bauprodukte zurückzugeben, keinen Gebrauch macht.

Absatz 3 besteht aus dem bisherigen Absatz 2 mit einer redaktionellen Änderung infolge des Einfügens des neuen Absatzes 2.

Zu § 16

Die Einfügung in Absatz 1 Satz 2 dient der Klarstellung, daß eine Finanzierung des Deutschen Instituts für Bautechnik durch den Bund nur im Wege der Kostenerstattung für die im Rahmen der Organleihe wahrgenommenen Aufgaben erfolgt.

Absatz 2 wurde aus folgenden Gründen eingefügt: Der Entwurf des BauPG geht in § 12 davon aus, daß die Einzelheiten des CE-Zeichens und der dazu notwendigen Angaben in einer Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 festgelegt werden. Für die Erarbeitung eines Entwurfs einer solchen Rechtsverordnung bedarf es verbindlicher Vorgaben zu den Einzelheiten des CE-Zeichens und den dazu notwendigen Angaben vonseiten der EG, die derzeit noch ausstehen. Damit ein Hersteller in der Zwischenzeit bis zum Vorliegen solcher Angaben und bis zu deren Umsetzung im Rahmen einer Rechtsverordnung bereits CE-Zeichen anbringen kann, bedarf es einer Überleitungsregelung.

Die Einfügung einer Überleitungsregelung zum Inhalt der Konformitätserklärung und zum Konformitätszertifikat durch Absatz 3 beruht auf den gleichen Gründen wie die Neueinfügung von Absatz 2.

Die redaktionelle Änderung in Absatz 4 Satz 1 ist eine Folge der Änderung in § 11 Abs. 1 Satz 1. Ansonsten

entspricht Absatz 4 dem bisherigen Absatz 2 mit einer Änderung der Übergangszeit. Die Überleitungsregelung in Satz 2 muß zeitlich so bemessen sein, daß in der Übergangszeit durch Erlaß der Rechtsverordnung nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 die Voraussetzungen für die Anerkennung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen nach diesem Gesetz geschaffen werden können.

Bonn, den 18. Mai 1992

Dieter Schloten

Thomas Molnar

Berichterstatter

